

Zeitenwende in Lateinamerika

Venezuela und Kuba nach Hugo Chávez

Günther Maihold

In Lateinamerika werden sich die politischen Gewichte bald deutlich verschieben. Mit dem Ausscheiden des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez aus der Politik stehen zwei tragende politische Pfeiler des Projekts revolutionärer Solidarität vor einer unsicheren Zukunft: Venezuela sucht nach Stabilität in einer machtpolitischen Übergangsphase und der kubanische Sozialismus könnte in eine erneute Wirtschaftskrise geraten. Die autoritären Vorzeichen des einsetzenden Wandels deuten darauf hin, dass es eine Demokratisierung schwer haben wird. Das Militär ist in beiden Ländern der zentrale Akteur eines Umbruchs, dessen wirkliche Dimension von den kurzfristigen Machterhaltungsinteressen der herrschenden Eliten verdeckt wird. Im regionalen Maßstab ist ein Bedeutungsverlust des von Chávez initiierten Integrationsprojekts ALBA zu erwarten. Damit dürfte Brasilien seine Position in Südamerika aufgewertet sehen. Deutsche Lateinamerikapolitik sollte diese Veränderungen aktiv mitgestalten und demokratische Potentiale stärken.

Venezuela und Kuba, Hugo Chávez und die Castro-Brüder sind die Schlüsselakteure des sozialistischen Revolutionsprojekts in Lateinamerika, das auch weitere Nationen der Region in seinen Bann gezogen hat. Auf der Basis einer weitreichenden Petrodiplomatie sind neue Kooperationsformate entstanden, die sogar über Lateinamerika hinausreichen. Wie kohärent ein »Chavismo ohne Chávez« in Venezuela sein wird, ist nur schwer abzuschätzen. Für die unmittelbare Post-Chávez-Ära ist die Einsetzung einer Revolutionsjunta nach Verhängung des Ausnahmezustandes ebenso denkbar wie Machtkämpfe im engeren Führungszirkel der in sich sehr heterogenen Partei

Chávez' (Partido Socialista Unido de Venezuela, PSUV), bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen in der polarisierten Gesellschaft des Landes, aber auch ein geordneter verfassungsmäßiger Übergang unter der Kontrolle des von Chávez ernannten Vizepräsidenten Nicolás Maduro. Ein baldiger Zusammenbruch des Regimes in Venezuela ist indes nicht zu erwarten. Wahrscheinlicher ist, dass sich die von Chávez aufgebaute ideologische Konfrontation mit marktwirtschaftlichen Positionen und dem »westlichen Imperialismus« abmildert.

ALBA nach Chávez: Substanz- und Bedeutungsverlust

An Bedeutung verlieren wird das von Hugo Chávez betriebene regionale Kooperationsregime ALBA-TCP (Alternativa Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América/Tratado de Comercio por los Pueblos), das auf Versorgung der Mitgliedstaaten mit venezolanischem Öl zu Vorzugspreisen basiert. Dem Prinzip »Solidarität statt Markt« folgend hat sich ALBA seit seiner Gründung im Jahr 2004 von einem bilateralen kubanisch-venezolanischen Abkommen über den Tauschhandel von »Ärzten gegen Öl« zu einem regionalen Kooperationsverbund entwickelt. Ihm gehören heute acht lateinamerikanische Staaten als Mitglieder an, Iran und Syrien haben Beobachterstatus. Für Hugo Chávez fungierte ALBA als regionaler Arm seiner Außenpolitik, die danach strebte, sein nationales Modell »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« auf andere Länder auszudehnen. Hierfür setzte der Präsident ein Volumen von geschätzten 82 Milliarden US-Dollar (2005–2011) an Hilfsgeldern und Subventionen ein. Bedacht wurden dabei mehr als 40 Länder weltweit; in der Region erhielten Kuba 28,5, Nicaragua 9,7 und Argentinien 9,2 Milliarden US-Dollar. Den Mitgliedstaaten Bolivien und Ecuador diente Chávez' Politik vor allem als Windschatten, in dem sie ihre eigenen Entwicklungswege ausbauen konnten.

Die venezolanischen Petrodollars als Lebenselixier von ALBA dürften indes knapper werden. Kein Nachfolger von Chávez wird die großzügige Finanzierung des ALBA-Projekts aus nationalen Ressourcen so frei legitimieren können, wie dessen Erfinder es tat. Mitgliedstaaten wie Bolivien und Ecuador sind wegen ihrer geringen Rohstoffförderung (Öl und Gas) nicht in der Lage, eine vergleichbare Rolle zu spielen. Kuba und Nicaragua werden besonders in Mitleidenschaft gezogen werden, denn sie sind substantiell von der venezolanischen Ölsolidarität abhängig. Auch für Chávez' Partner außerhalb Lateinamerikas dürften sich die Anschlusspunkte in der Region verringern: Iran und Syrien, deren Präsenz

dort sich jenseits einer gemeinsamen anti-amerikanischen Stoßrichtung nicht konsolidiert hat, werden an Bedeutung in Lateinamerika einbüßen. Russland dagegen, das ohnedies sein Hauptgeschäft in der Region mit Brasilien abwickelt, wäre von einem Niedergang ALBAs sehr viel weniger betroffen. Brasilien profitiert nicht nur kurz-, sondern vor allem mittelfristig am meisten davon, dass das regionale Gewicht Venezuelas schwindet. Das Konzept des taktischen Abwartens und der intelligenten Einbindung von Chávez in regionale Koordinationsformate (bis hin zum MERCOSUR [Mercado Común del Sur], Südamerikas gemeinsamem Markt) hat sich damit erneut als erfolgreiche Strategie der südamerikanischen Macht erwiesen. Dass Venezuela seine Anti-Status-quo-Rolle nicht wird bewahren können, eröffnet Mexiko und insbesondere den USA größere Handlungsspielräume, zumindest im karibischen Raum. Sofern die beiden Staaten es wünschen, können sie diese neuen Chancen nutzen, ohne mit einem sich als Regionalmacht gerierenden Venezuela aneinanderzugeraten.

Venezuela nach Chávez: begrenzte Turbulenzen in einem autoritären System

Mit einer klaren Mehrheit von 55 Prozent war Hugo Chávez am 7. Oktober 2012 als Präsident wiedergewählt worden, am 10. Januar 2013 sollte er für die Amtszeit 2013–2018 vereidigt werden. Wenn dies nicht erfolgen kann, sind laut Verfassung binnen 30 Tagen Neuwahlen anzusetzen. Möglicherweise werden auch noch alternative Regelungen für einen Übergang geschaffen. Ein Sieg der venezolanischen Opposition in Neuwahlen ist nicht zu erwarten: Bei den Regionalwahlen vom 16. Dezember 2012 erzielten die Chávez-treuen Kräfte einen überwältigenden Erfolg, ein Hinweis auf die breite Verankerung des Regimes in der Bevölkerung beziehungsweise den effektiven Einsatz der staatlichen Wahlkampfmaschinerie.

Deshalb wird es der Opposition kaum gelingen, bei den Präsidentschaftswahlen die Macht zu übernehmen. Die nähere Zukunft des Landes wird wohl innerhalb des chavistischen Lagers entschieden werden. Obwohl einzelne Protagonisten dieses Lagers unterschiedliche Ziele verfolgen, dürfte das gemeinsame Interesse am Machterhalt ausreichen, den engeren Zirkel des Regimes nach Chávez in den kommenden Monaten zusammenzuhalten. Ein von vielen Beobachtern erwarteter interner Machtkampf steht noch nicht an. Divergenzen werden aller Voraussicht nach erst dann zutage treten, wenn konkrete Entscheidungen gefällt werden müssen.

Die Machtkonzentration in der Hand des Präsidenten, die weitgehende Personalisierung von Entscheidungsprozessen und die intransparente Finanz- und Wirtschaftspolitik erweisen sich heute als Belastung für einen geordneten Übergang. Die Verfügbarkeit von Waffen in der Zivilbevölkerung, nicht zuletzt durch das von Chávez begründete, 120 000 Personen starke Milizensystem, ist dabei ein schwer einzuschätzender Faktor. Insofern richten sich alle Augen auf die Rolle der Streitkräfte, die durch ihre Politisierung und Verteilung über den gesamten Staatsapparat zu einer Hauptgrundlage des chavistischen Systems aufgebaut wurden. Das Militär ist zwar kein monolithischer Akteur, kann aber als ausschlaggebend für den künftigen Entwicklungsweg des Landes angesehen werden. Wahrscheinlich wird ein Übergangsregime gebildet werden, geleitet vom Parlamentspräsidenten und Parteichef der PSUV, Diosdado Cabello, der als ehemaliger Militär gute Beziehungen zu den Streitkräften unterhält. Vizepräsident Maduro könnte dann als Spitzenkandidat des Chávez-Lagers ins Rennen gehen und sich eines Wahlsieges recht sicher sein, da er von einer emotionalen Woge des Chavismo getragen würde. Doch dies ist nur die formale Seite der Transition. Materiell wird es innerhalb des Machtapparates darum gehen, das System der sozialistischen Nachbarschaftsräte zu kontrollieren, den Zugang zu den

Streitkräften zu sichern und öffentliche Ressourcen für private und politische Zwecke abzuschöpfen. Gekämpft wird also um die Verfügungsmacht über die Segmente des staatlichen Systems zur Verteilung der Ölrente. Womöglich auftretende »Säuberungen« des Apparats sind Ausdruck von Elitekonflikten und innerer Zersplitterung.

Kuba nach Chávez: Venezuelas Unterstützung ist unabdingbar

Für Kuba ist die enge Verbindung zu Venezuela wirtschaftlich überlebensnotwendig, zumal bei der Energieversorgung, einem notorisch prekären Sektor der kubanischen Wirtschaft. So lässt Caracas 115 000 Barrel Öl pro Tag zum Vorzugspreis von 27 US-Dollar pro Barrel an Kuba schicken, was 70 Prozent von dessen Energiebedarf entspricht. Im Gegenzug liefert Havanna Dienstleistungen durch rund 50 000 entsandte Ärzte, Lehrer und Trainer für verschiedene Sportarten. Zusätzlich sind 5000 Berater in politischer Mission im Bereich Sicherheit und Nachrichtendienste in Venezuela tätig. Insgesamt soll die Hilfe aus Venezuela 15 Prozent von Kubas Bruttoinlandsprodukt ausmachen. Fiele diese Unterstützung weg, würde Kuba erneut in eine tiefe Krise stürzen.

Jedoch ist nicht davon auszugehen, dass mögliche Chávez-Nachfolger eine drastische Kehrtwende in ihrer Solidarität mit Kuba vollziehen würden. Vorstellbar ist allenfalls, dass sie angesichts der offenen Rechnungen gegenüber dem venezolanischen Ölkonzern PdVSA eine bessere Zahlungsmoral Havannas anmahnen. Immerhin ist Kubas Wirtschaft heute breiter abgesichert als in den neunziger Jahren nach dem Zusammenbruch des Ostblocks: China ist mittlerweile der größte Abnehmer kubanischer Exporte, steht als Kreditgeber zur Verfügung, und Vietnam hat sich zu einem wichtigen Handelspartner entwickelt. Beide Staaten, zuweilen als Modelle für Kubas wirtschaftliche Transformation gehandelt, könnten durchaus zur Überwindung akuter Krisensituationen

beitragen. Allerdings sind sie nicht in der Lage, Venezuela zu ersetzen, das Zielmarkt von 10 Prozent der kubanischen Exporte ist und für 36 Prozent von Kubas Importen verantwortlich zeichnet.

Die kubanische Führung setzt ihr vom 6. Parteikongress im April 2011 beschlossenes Reformprogramm bedächtig um. Es sieht die Freigabe zusätzlicher Wirtschaftssektoren für Kooperativen, den Besitz von Land und die Einführung einer erweiterten Steuergesetzgebung vor. Diese langsame Anpassungspolitik kann sich Havanna nur mit Unterstützung aus Venezuela leisten. Nachhaltige Erfolge sind bislang nicht zu erkennen. Gleichwohl hat sich die kubanische Führung nicht völlig der Regierung Chávez verschrieben, denn sie hat eine breitere Aufstellung möglicher Investoren betrieben, besonders in der Ölprospektion. Kurzfristige wirtschaftliche Verwerfungen aufgrund politischer Unsicherheit in Venezuela sind für Kuba also nicht auszuschließen. Doch das kubanische Regime wird seinen Einfluss auf die Entwicklung in Venezuela, nicht zuletzt mit Hilfe seiner politischen Berater im Land, nachdrücklich geltend machen.

Estados Latinoamericanos y Caribeños, CELAC), eine stärker politisch und weniger an natürlichen Ressourcen orientierte Zusammenarbeit sowie die Formulierung gemeinsamer Positionen im globalen Maßstab. Hauptinteresse der Außenpolitik lateinamerikanischer Führungsmächte wie Brasilien und Mexiko wird es sein, politische Instabilität in Venezuela und Kuba zu vermeiden. Demgegenüber wird das Dringen auf demokratische Verhältnisse in den Hintergrund treten. Deshalb sollten Deutschland und die EU dieses Anliegen energisch vertreten, nicht nur politisch, sondern auch in Programmen der Demokratieförderung, des Institutionen(wieder-)aufbaus und der ordnungspolitischen Beratung. Mittelfristig stehen in Kuba wie Venezuela Demokratie und die Transformation der wirtschaftlichen Ordnung auf der Tagesordnung – Prozesse, die einen langen Atem erfordern.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Lateinamerika ohne Chávez: neue Spielräume für deutsche Lateinamerikapolitik

Lateinamerikanische Politiker haben seit 1999 immer wieder kritisiert, USA und EU hätten nur auf Venezuela und Hugo Chávez geschaut und die Entwicklung im übrigen Lateinamerika ausgeblendet. Jetzt von einer Zeitenwende zu sprechen erscheint ihnen daher übertrieben. Aus europäischer Sicht stellt sich dies anders dar: Es sollten sich Chancen für eine weniger ideologisierte und pragmatischere Politik eröffnen, die auch die Konsensbildung in Lateinamerika erleichtern könnte. Dies gilt für die regionalen Konzertationsprozesse in der Union Südamerikanischer Nationen (Unión de Naciones Suramericanas, UNASUR) und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Comunidad de